Danziger Dampfboot.

№ 79. — 1866.

Donnerstag, den 5. April. — 37ster Jahrgang.



Das „Danziger Dampfboot" erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Retemeyer's Centr.-Ztgs.- u. Annonc.-Büreau.
In Leipzig: Eugen Fort. H. Engler's Annonc.-Büreau.
In Breslau: Louis Stangen's Annoncen-Büreau.
In Berlin, Hamb., Frkf. a.M. u. Wien: Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Darmstadt, Mittwoch 4. April.

Die „Darmstädter Zeitung" theilt den ungefähren Inhalt der Antwort mit, welche Freiherr v. Dalwigk auf das preußische Rundschreiben vom 24. d. mündlich ertheilt haben soll: Die großh. hessische Regierung stehe auf dem Boden des Bundesrechts; sie könne ein aus dem Wiener Frieden herzuleitendes Eigenthumsrecht der Großmächte auf die Herzogthümer nicht anerkennen und werde sich im Kriegsfalle an einer Aktion gegen diejenige Großmacht betheiligen, welche den Bundesfrieden breche. Preußen brauche bei einer, dem Rechte entsprechenden, bundesmäßigen Erledigung der Herzogthümerfrage für die Erfüllung billiger, in seiner Machtstellung begründeter Wünsche nicht besorgt zu sein, wogegen ein Streben nach Annexion für Deutschland und Preußen Gefahren in sich trage.

Stuttgart, Mittwoch 4. April.

Der württembergische „Staatsanzeiger" enthält eine Kriegsministerialverfügung, laut welcher der Garnisonswechsel statt am 17. d. M. auf den 10. und die Einstellung der Rekruten statt am 27. d. M. auf den 13. erfolgen soll.

Wien, Mittwoch 4. April.

Die heutige „Abendpost" ist den gegentheiligen Meldungen Berliner Blätter gegenüber in der Lage, auf das Bestimmteste zu versichern, daß eine Einberufung der Urlauber in Oesterreich bisher nirgends stattgefunden hat.

— Die Pferdeausfuhr für sämmtliche Grenzen der allgemeinen österreichischen Zollgebiete ist verboten.

Florenz, Mittwoch 4. April.

Die Morgenzeitungen dementiren die Gerüchte von militärischen Vorbereitungen in Italien. Es sei von Truppenkonzentrationen weder zu Bologna noch sonstwo die Rede, sondern es habe nur eine Dislokation einiger Regimenter zum Zwecke des gewöhnlichen Garnisondienstes stattgefunden. — Der König ist gestern in Mailand eingetroffen.

Petersburg, Mittwoch 4. April.

Der Emir von Buchara hat den General Tschernajew um Einstellung der Feindseligkeiten ersucht, indem er sofortige Freilassung der russischen Beamten versprach. Tschernajew erwiderte, er werde am Sir Daria die Erfüllung des Versprechens abwarten.

Newyork, Sonnabend 24. März.

Das Repräsentantenhaus hat die Anleihebill mit einem Amendement angenommen, wodurch die Reduktion der schwebenden Schuld auf 10 Millionen in den ersten sechs Monaten nach Annahme der Bill und später 4 Millionen per Monat beschränkt wird. — Aus Valparaiso wird gemeldet, daß die alliirten Batterien auf Chiloe zwei spanische Fregatten mit großem Verlust zurückgeworfen haben.

Den Krieg

hassen und verabscheuen wir Alle; den Frieden wünscht Jeder erhalten zu sehen, und Jeder sucht nach seinen Kräften an der Erhaltung desselben mitzuarbeiten. Nicht allein steigert die wachsende Civilisation das Grauen vor dem Vergießen von Menschenblut, sondern die Völker sind auch da zu der Einsicht gekommen, daß der sichere Weg zur inneren Freiheit, zu einer imponirenden Machtstellung nach Außen nicht durch die Pfade kriegerischen Ruhmes führt, sondern der Weg der Friedenskünste, der Arbeit, des Fleißes. Der auf das glänzendste und glücklichste geführte Krieg schwächt dennoch die Kräfte des Staates, der anhaltende Frieden stärkt das arbeitende Bürgerthum, die sicherste Säule der Freiheit und der Macht. Jedermann hegt mit Recht den leidenschaftlichen Wunsch, daß dem drohenden Bürgerkriege vorgebeugt werde, allein die Leidenschaftlichkeit eines Wunsches lehrt nicht immer die rechten Mittel zur Erfüllung finden, und es kann sich ereignen, daß das Aussprechen der lebhaftesten Friedenswünsche gerade dem Kriege vorarbeitet.

Zweierlei ist in der gegenwärtigen Situation zu unterscheiden. Einmal rüsten die beiden deutschen Großmächte gegen einander, ohne daß sie selber, geschweige Jemand außerhalb ihrer den Differenzpunkt, die Thatsache, die zum casus belli erklärt werden könnte, kennt. Es hat ein Notenwechsel stattgefunden und ist plötzlich in einer auffallenden Weise abgebrochen worden, ohne daß irgend eine der gewechselten Noten nur entfernt den Character eines Ultimatums getragen hätte. Die preußische Note stellte nicht bestimmt präcisirte, concrete Forderungen, die an Oesterreich zu richten waren, auf, sondern drückte den Wunsch aus, daß das Verhältniß zwischen beiden Staaten sich möglichst intim gestalten möge. Oesterreich antwortet darauf mit Fragen, die sich auf Preußens Rechtsanschauungen beziehen — allerdings ein Beweis, daß ihm an einer Intimität in dem Sinne, wie sie gefordert worden, nichts liegt. Diese Note wurde dem diplomatischen Gebrauche zuwider nicht beantwortet. Darauf hört man, daß auf beiden Seiten Rüstungen stattfinden. Jeder der beiden Theile betheuert seine entschiedene Friedensliebe, jeder beschuldigt den Anderen kriegerischer Absichten und versichert, nur durch dessen Maßregeln zu Gegenmaßregeln veranlaßt worden zu sein. In einer Circularnote an die deutschen Regierungen werben beide Staaten um Bundesgenossen, die eine, auf die bestehende Bundesverfassung sich stützend, die andere, die Mängel dieser Bundesverfassung betonend und ihre Reform fordernd.

Gegen diese umhertastende, abspringende Art der Behandlung politischer Fragen ist mit Recht die öffentliche Meinung sehr erregt. Man ist überzeugt, daß weder Preußen noch Oesterreich den Krieg wünschen, allein man erblickt mit Recht eine erhebliche Gefahr in diesem Spielen mit Feuer. Jede der beiden Regierungen giebt sich den Anschein, zum Kriege gedrängt zu sein, um durch ihre entschlossene Haltung ihren noch unausgesprochenen Absichten größeren Nachdruck zu geben. Dadurch ist eine so gespannte Situation herbeigeführt, daß irgend ein Zwischenfall, selbst gegen den Willen beider Mächte, den Kriegsfunken zur hellen Flamme anblasen kann. Hiergegen richtet sich das vollberechtigte Verlangen, daß mit dem Kriege weder gedroht noch gespielt werde; daß von Krieg zwischen zwei Mächten niemals die Rede sei, bevor alle Mittel der friedlichen Unterhandlung erschöpft sind. Und dies ist hier so wenig der Fall, daß Preußen bisher seine Auforderungen an Oesterreich und seine Anerbietungen, die es zum Ersatze macht, noch nicht einmal präcisirt hat.

Doch es darf nicht übersehen werden, daß nicht Preußen allein es ist, welches die Vermeidung des Krieges in der Hand hat. Preußen ist gezwungen, in Schleswig-Holstein jetzt ein Stück vorwärts zu kommen. Es kann keinen gethanen Schritt zurückthun, es kann nicht länger an der Stelle bleiben; es muß einen Schritt nach vorwärts thun. Die bisherige Politik der Regierung bürgt dafür, daß sie diesen Schritt zu thun entschlossen ist; die Bedenken, die der König gegen eine Kriegsführung gehegt haben soll, scheinen durch Rücksichten der militairischen Ehre beseitigt zu sein. Wenn Oesterreich den Versuch machen würde, Preußen um alle Erfolge des in Schleswig-Holstein geführten Feldzuges zu bringen, so wäre der Krieg unvermeidlich. Man täusche sich darüber nicht, daß in einem solchen Falle das preußische Volk in den Krieg ziehen würde, ohne mit den Wimpern zu zucken. Wir halten es für sehr gefährlich, Oesterreich in den Glauben zu versetzen, als würde es in Deutschland und Preußen selbst unter solchen Umständen nachhaltige Unterstützungen finden. Wem an der Erhaltung des Friedens ernstlich gelegen ist, wird da einen Druck auf Oesterreich ausüben müssen, wo Preußen nicht zurückweichen kann.

Berlin, 4. April.

— Nachdem jetzt die Rüstungen und Gegenrüstungen eine gewisse, vor Ueberraschungen sichernde Höhe erreicht haben, werden zwischen Berlin und Wien die Verhandlungen beginnen, welche die Entscheidung bringen müssen. Bis jetzt scheint freilich jeder Theil vor dem ersten Schritt zur Einleitung dieser Verhandlungen noch zurückzuscheuen. Jedenfalls ist es an Preußen, diesen ersten Schritt zu thun, indem es in Wien die Entschädigungsanerbietungen macht, zu welchen es sich für eine Abtretung des österreichischen Mitbesitzrechtes auf die Herzogthümer verstehen kann.

— Die Antwort Baierns auf die preußische Circulardepesche ruft die Instanz des deutschen Bundes an, erklärt Baierns Bereitwilligkeit, die Reformvorschläge zu prüfen, und proponirt eine Organisirung der militairischen Kräfte einer dritten Armee Deutschlands außerhalb der preußischen und österreichischen Armee.

— Die „Prov.-Corr." schreibt: Preußen wird ernsten Anzeichen friedlicher bundesfreundlicher Gesinnungen von Seiten Oesterreichs sich nicht verschließen, eine Aenderung in den militairischen Maßregeln aber erst eintreten lassen, wenn eine volle Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens gegeben wird. Preußen hat bestimmt ausgesprochen, daß die Bundesreform um so dringlicher sei, je weniger die Antworten der deutschen Regierungen befriedigen. Die eingegangenen Antworten bestärken Preußen nur, eine den thatsächlichen Verhältnissen entsprechende Bundesreform in's Auge zu fassen.

— Die „Nordd. Allg. Ztg." enthält einen officiösen Artikel, der noch einmal die österreichischen Rüstungen constatirt und darthun soll, daß die entsprechenden Maßregeln der preußischen Regierung auf die Defensive berechnet sind.

— Die angebliche Absicht Preußens, ein deutsches Parlament zu berufen, wird in diplomatischen Kreisen viel besprochen. Auch will man schon den in Aussicht genommenen Termin kennen. Den Regierungen solle der Zusammentritt binnen drei Monaten, also etwa bis zum 1. Juni vorgeschlagen werden. In der Zwischenzeit solle man sich über das Programm verständigen. Die Vertreter sollen aus directen Wahlen hervorgehen, aber keine Diäten erhalten. Es versteht sich, daß dies Alles nicht verbürgt werden kann. Die preußische Depesche soll sich in der Vorbereitung befinden, und jene Details sind daher augenscheinlich verfrüht.

— Eine ganz besondere Aufmerksamkeit der Großmächte ziehen die Truppenanhäufungen auf sich, welche Rußland an der Grenze der Donaufürstenthümer

bewirkt, so wie die Agitationen, welche durch russische Agenten an der Moldau so auffallend betrieben werden. Man glaubt hieraus deutlich ersehen zu können, daß die russische Regierung ihre Pläne auf die Donaufürstenthümer keineswegs aufgegeben, sondern höchstens auf einige Zeit vertagt habe.

Dresden. Die künftige Civilprozeßordnung für das Königreich Sachsen soll, im Gegensatz zu dem bisherigen Verfahren, im wesentlichen auf Mündlichkeit und Oeffentlichkeit beruhen, und zwar dergestalt, daß die Parteien entweder selbst oder durch ihre Sachwalter ihre Sache vor dem öffentlichen Gericht führen, der Richter nach beendigtem Prozeß sein Urtheil mündlich abgiebt und das über die Verhandlung aufzunehmende Protokoll stenographisch geführt wird. Die Stenographie wäre sonach zu einer sehr wichtigen Rolle im bürgerlichen Prozeß bestimmt, welche Neuerung unsers Wissens noch nirgends in praktischer Geltung besteht.

Wien. Es liegt auf der Hand und wird in diplomatischen Berichten auseinandergesetzt, daß das eigentliche Objektiv der Politik Oesterreichs ist, den Rücktritt des Grafen Bismarck zu erwirken. Man macht sich freilich in Wien nicht die Illusion, daß der Nachfolger des Ministerpräsidenten, wer er auch sein möge, eine andere Politik treiben könnte; aber man berechnet, und nicht mit Unrecht, daß in der gegenwärtigen Sachlage die Entlassung des Grafen von Bismarck als ein von dem Könige Wilhelm dem Wiener Cabinet gemachtes glänzendes Zugeständniß betrachtet werden würde, dem gegenüber Oesterreich sich dann zu der einen oder der anderen unwesentlichen Concession herbeilassen würde.

— Daß die ungarischen Blätter die österreichische Regierung zum Kriege zu drängen suchen, hat seinen guten Grund; sie erwarten, daß eine kriegerische Wendung der Dinge ihnen alle nur irgend gewünschten Concessionen von Seiten der Regierung zu Wege bringe.

Bukarest. Die Nachricht, daß die Pforte sich bereit erklärt habe, in die Fortdauer der Union der Donaufürstenthümer, aber nur exceptionell und unter einem rumänischen Hospodar, einzuwilligen, scheint sich zu bestätigen. Damit ist jedoch in der That nicht viel gewonnen. Die Conferenz existirt gewissermaßen nur pro forma, einen definitiven Beschluß kann sie nicht fassen. Ihre eigentliche Mission ist, das zu prüfen und gut zu heißen, was die Fürstenthümer thun werden; diese haben aber bis jetzt noch nichts gethan. So kann sich die Sache noch lange hinschleppen.

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 5. April.

[Stadtverordneten-Sitzung am 4. April.]

Stadtverordneten-Vorsteher: Herr Commerzienrath Bischoff. Der Magistrat ist durch die Herren Bürgermeister Dr. Lintz, Stadt-Syndikus Reg.-Rath Pfeffer und die Stadträthe Ladewig, Olschewski u. Hirsch vertreten. Die Versammlung tritt in die Berathung des Schuletats pro 1866. Die Etats-Revisions-Commission (Ref. Herr Stoboy) hat vorgeschlagen, den Etat des Gymnasiums in Einnahme auf 9994 Thlr. 7 Sgr. festzustellen, bei der Ausgabe Tit. 2 „an Besoldungen" für den 6ten ordentlichen Lehrer ¾ von 600 Thlrn. gemäß Stadtverordneten-Beschluß vom 6. Febr. mit 450 Thlrn. zuzusetzen. Ferner hat die Rev.-Comm. vorgeschlagen, Tit. 6 für Baukosten 34 Thlr. abzusetzen, da bei dem Bauetat bereits genügende Ansätze hiefür vorhanden sind. Bei Tit. 9 ad 4 ist für die Revision des Hauptetats vermerkt worden, daß das Münzkabinet des Gymnasiums nicht versichert ist. Bei Tit. 9 Reisekostenzuschuß mit 248 Thlrn. 15 Sgr. abzusetzen und den Ausgabeetat auf 15,176 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf. festzustellen. In dem Einnahmeetat der Petrischule ist nach dem Vorschlage der Comm. für die Dienstwohnungen des Prof. Tröger und des Oberlehrer Menge, deren Gehälter nunmehr 1300 und 1200 Thlr. betragen, 65 und 60 Thlr. anstatt 5 pCt. vom Einkommen 60 und 55 Thlr., also 10 Thlr. hinzuzusetzen. Der Einnahme-Etat wäre somit auf 8444 Thlr. 3 Sgr. 9 Pf. festzustellen. In dem Ausgabeetat ist bei Tit. 6 98 Thlr. für Bauten abzusetzen. Der Ausgabeetat ist demnach auf 13,745 Thlr. 22 Sgr. festzustellen. Der Etat der Johannisschule ist nach dem Etatsproject auf 8250 Thlr. festzustellen. Für Bauten sind ebenfalls 98 Thlr. abzusetzen und der Ausgabeetat mit 14,205 Thlrn. 7 Sgr. festzustellen. Gegen den Einnahmeetat der höheren Töchterschule hat die Commission nichts zu erinnern und wird dessen Feststellung auf 3716 Thlr. empfohlen. Der Ausgabeetat ist auf 5269 Thlr. 10 Sgr. festzustellen, indem laut Beschluß der Vers. vom 27. März c. 150 Thlr. Gehaltserhöhung für den Lehrer Herrn Sommerfeld und die Lehrerinnen Frl. Louise Höpfner und Frl. Rhodin zu je 50 Thlrn. hinzukommen. Einnahme der Mittelschule in der Vorstadt: 1515 Thlr. Ausgabe: 3020 Thlr. Mittelschule zu St. Catharinen: Einnahme: 2640 Thlr. Ausgabe: 2520 Thlr. Mittelschule in Neufahrwasser: Einnahme: 1365 Thlr. Ausgabe: 2888 Thlr. — Bei dem Etat der Elementarschulen ist die Einnahme hinzuzusetzen: Entschädigung für Dienstwohnungen 2 Thlr. 15 Sgr. von 50 Thlrn. Mehreinkommen des Hauptlehrers Lütcke und 27 Thlr. 15 Sgr. von dem Einkommen des Lehrers Brischke. Abzusetzen ist Wohnungsentschädigung des verstorbenen Lehrers Klose mit 22 Thlrn. 15 Sgr. Der Einnahmeetat ist auf 9445 Thlr. 7 Sgr. 7 Pf. festzustellen. Bei der Ausgabe Tit. 1 Pos. 1 empfiehlt die Commission die Schuldienerstellen successive mit den Calefactorstellen zu vereinigen und die besondern Ausgaben für Schuldiener in Wegfall kommen zu lassen. Es könnte damit bei der Schule in der Böttchergasse, woselbst ein besonderer Calefactor angestellt ist, der Anfang gemacht werden. Alle diese Etats werden nach den Vorschlägen der Comm. von der Vers. angenommen. Bei Tit. 2 A der Elementarschulen empfiehlt die Commission die vom 1. April 1866 ab noch unbesetzt bleibenden Elementarlehrerstellen, nämlich

2 Stellen à 420	Thlr.	= 840	Thlr.
1 Stelle à 380	„	= 380	„
2 Stellen à 350	„	= 700	„
	zusammen	1920	Thlr.

vorläufig vom Etat abzusetzen, da die Gehälter für die in diesem Jahre noch anzustellenden Lehrer den Ersparnissen, die bis zum 1. April bei diesem Titel gemacht worden sind, entnommen werden können. — Herr Dr. Liévin ist gegen diese Absetzung, die ihm nicht motivirt scheint, da der Magistrat dadurch verhindert werden könnte, diese Stellen bald zu besetzen. Diese Stellen seien aber etatsmäßig und der Magistrat habe sie daher ganz richtig auf den Etat gebracht. — Hr. Stadtr. Ladewig erklärt, daß eine dieser Stellen wahrscheinlich in der nächsten Zeit und noch einige in diesem Jahre besetzt werden würden, daß man also bei Absetzung derselben vom Etat dieselben wieder neu creiren müßte. — Die Herren Geh. Rath Jebens und Biber erklären sich für den Antrag der Commission. — Herr Bürgermeister Lintz entgegnet, daß, wenn die 1920 Thlr. jetzt abgesetzt würden, die Etatsaufstellung des nächsten Jahres dadurch gefährdet werde. Es verhalte sich mit dem Etat für die Lehrerstellen ebenso, wie mit dem Etat für die Secretairstellen, die auch nicht alle besetzt seien. Der Vorschlag der Comm. sei ganz unausführbar, die Gehälter der Elementarlehrer seien unter 13 Nummern aufgeführt, und man könnte nicht bestimmen, welche von diesen Nummern abzusetzen seien, der ganze Organisationsplan würde dadurch gewissermaßen sistirt werden. — Hr. Damme erklärt, daß er in der Etats-Comm. sich dem Beschlusse der Commission angeschlossen hätte, jedoch durch Hrn. Bürgermstr. Lintz eines Bessern belehrt sei; er wünsche, daß die durch Nichtbesetzung der etatsmäßigen Lehrerstellen entstandenen Ersparnisse als Extraordinarium auf den Hauptetat kämen. Der Antrag der Commission wird schließlich von der Versammlung abgelehnt. — Bei Tit. 2 A. 35 sind 30 Thlr., die dem Lehrer Butschkow laut Stadtverordneten-Beschluß über das Normalgehalt von 350 Thlrn. bewilligt sind, hinzuzusetzen. Die Commission bemerkt ferner bei Tit. 2, auf Antrag des Revisors, daß nach dem Stadtverordneten-Beschluß die Einordnung der jetzigen Lehrer in den Normaletat ohne Mitwirkung der Versammlung durch den Magistrat zu erfolgen habe. Die Versammlung habe auch früher bereits genehmigt, daß die jedesmalige Verbesserung eines Lehrers nicht ohne Weiteres mit der Vacanz, sondern erst durch Beschluß des Magistrats eintritt, der die Aufrückung in eine höhere Gehaltsstufe ohne Angabe von Gründen zu verweigern berechtigt ist, daß jedoch durch ein Zurückbleiben des einzelnen Lehrers die ihm an Anciennität Nachstehenden nicht benachtheiligt werden dürfen, die Verweigerung der Zulage an die einzelnen vielmehr unbeschadet des Nachrückens der andern in die für sie eintretenden Vacanzen erfolge. Dadurch sei aber dem Magistrat wohl nicht gleichzeitig zugestanden, daß er neu anzustellende junge Lehrer sofort in die höheren Gehaltsstufen von 380, 350, 325, 300 Thlr. einrangirt, wodurch die älteren, schon längere Zeit hier angestellten Lehrer in ihrem Aufrücken zu den höheren Stellen benachtheiligt würden. Beispielsweise seien hier neu angestellt: Lehrer Kuhne mit 380 Thlrn., Albrecht und Opitz mit 350 Thlrn., Block, Dunkel und Pirwaß mit 325 Thlrn., Tauß mit 300 Thlrn. Ob der Magistrat durch Annahme des Normal-Etats für die Elementarlehrer auch das Recht erhalten habe, neu anzustellende Lehrer sofort in höhere vacante Gehaltsstufe einzurangiren, dürfte zu erörtern, und wenn dem beigestimmt wird, nachträglich von der Versammlung zu genehmigen sein, da kein Stadtverordneten-Beschluß bis jetzt eine solche Bestimmung enthalte. Hr. Stadtrath Ladewig erklärt, daß bei Einordnung der Lehrer in die verschiedenen Gehaltsstufen der jetzige interimistische Zustand nicht ins Auge gefaßt sei, daß der Magistrat es aber im Interesse der Schulverwaltung für gerathen hielte, bei der jetzigen Besetzung der neuen Stellen freie Hand zu behalten. Sobald alle Stellen besetzt seien, würden die von der Versammlung ausgesprochenen Grundsätze zur Geltung kommen. Hr. Dr. Liévin erklärt das Verfahren des Magistrats für ganz richtig. Hr. Dr. Piwko schließt sich den Ausführungen des Magistrats-Commiss. und des Hrn. Dr. Liévin an, indem er noch hinzufügt, daß sowohl in der Stadt wie im Territorium unter den früher angestellten Lehrern viele seien, die nur das Prüfungs-Zeugniß Nro. 3 besäßen. Die jetzt angestellten Lehrer hätten sämmtlich das Zeugniß Nro. 1 und seien nicht nur auf den Seminarien unserer Provinz, sondern auch auf denen anderer Provinzen gebildet. Er sei überzeugt, daß die Berufung von Lehrern aus anderen Provinzen einen wohlthätigen Einfluß haben werde, indem sich neue Ansichten Bahn brächen und ein wohlthätiger Wetteifer unter den Lehrern geschaffen werde. Es seien auch nicht nur junge, sondern auch ältere Leute berufen worden, die sich sicherlich nicht hierher gemeldet, wenn sie ein geringeres Gehalt bekommen hätten. Hr. Stoboy äußert dagegen, daß das Prüfungszeugniß Nro. 1 nicht für die Tüchtigkeit des betreffenden Lehrers garantire, trotz desselben hätten die Leistungen nicht immer den gehegten Erwartungen entsprochen. Herr Dr. Liévin schlägt vor, die Versammlung möge erklären, ob der Magistrat conform mit den Ansichten der Stadt-Verordneten-Versammlung gehandelt habe. Auf den Antrag des Hrn. Biber erklärt sich die Versammlung jedoch für einfache Tagesordnung. — Bei Tit. 2, pos. 5 schlägt die Rev.-Comm. vor, für den Unterricht in weiblichen Handarbeiten 100 Thlr. für die Lehrerin Jantzen abzusetzen, da dieselbe diesen Unterricht an der Schule der Niederstadt nicht mehr ertheilt; dagegen 60 Thlr. hinzuzusetzen für den gleichen Unterricht an der Schule zu Neugarten an Fräul. Wagner; bei Tit. 6 100 Thlr. für Bauten abzusetzen; zur künftigen Beachtung wird die Absetzung des Kanons für die Schulen in Langfuhr von resp. 8 u. 12 Thlrn. 10 Sgr. empfohlen. Die Versammlung erklärt sich mit diesen Vorschlägen der Commission einverstanden. Bei Tit. 9 bemerkt die Comm., daß, nachdem für die Knabenschule in der Altstadt (Böttchergasse) ein Calefactor mit 120 Thlrn. jährlich angestellt worden sei, diese 120 Thlr. in den Etat aufzunehmen seien. Abzüglich der 8 Classenzimmer dieser Schulen blieben dann noch 69 Schulzimmer zu heizen und zu reinigen, für welche Leistungen die Comm. einen Aufwand von 10 Thlrn. jährlich pro Classe für genügend erachtet (der Magistrat hat 18 Thlr. vorgeschlagen). Diese Ausgabe betrüge 690 Thlr. gegen 1386 Thlr., die der Magistrat im Etatsentwurf angesetzt habe, und seien somit 696 Thlr. abzusetzen. Hr. Stadtrath Ladewig erklärt die Summe von 10 Thlrn. jährlich nicht für genügend, da nicht bloß die Classenzimmer, sondern auch die damit verbundenen Räume täglich zu reinigen seien, und äußert, daß man gerade in den Schulen auf die größte Sauberkeit halten müsse; er beantrage 12 Thlr. für die Reinigung des Classenzimmers. Hiemit erklärt sich die Versammlung einverstanden. Der Ausgabe-Etat der Elementarschulen wird demnächst auf 32,436 Thlr. 12 Sgr. 10 Pf. festgestellt. — Der Etat für Instituts und andere Schulen (Kunst-, Gewerbe- und jüdische Elementarklassenschule) wird in Ausgabe auf 2030 Thlrn. festgestellt. Einnahmen kommen bei diesen Schulen nicht vor. Der Etat für das Turnwesen wird auf 440 Thlr. in Einnahme u. 1085 Thlr. in Ausgabe festgestellt. Der Etat für Schulen im Territorium wird auf 351 Thlr. in Ausgabe festgestellt. Einnahmen sind hier nicht vorhanden. Hr. Damme macht hierauf den Antrag, 200 Thlr. für den Dispositionsfonds, der hauptsächlich für Stellvertretungskosten für Elementarlehrer verwandt werde, abzusetzen und diesen Posten als Extraordinarium mit dem Zusatz „zur speziellen Bewilligung durch die Stadtverordneten-Versammlung" zu bewilligen. Bewillige man diese Summe unter dem Titel Dispositionsfonds, so würde sie leicht überschritten, wie dies bereits im vorigen Jahre geschehen sei, wo die ausgegebene Summe 399 Thlr. betragen habe. Hr. Stadtrath Ladewig äußert, daß bei 73 Lehrern sehr oft Erkrankungen stattfinden und daß dann sofort Stellvertreter zu beschaffen seien, für die ein Dispositionsfonds vorhanden sein müsse. Es sei unthunlich, in jedem einzelnen Fall die Genehmigung der Stadtverordnetenvers. einzuholen. Hr. Damme: Die vorjährige große Etatsüberschreitung sei seines Wissens hauptsächlich dadurch entstanden, daß ein Lehrer 2 Jahre lang vertreten sei. In der Comm. sei man von der Ansicht ausgegangen, daß dieser Fall der Vers. hätte mitgetheilt werden müssen, denn unvorhergesehen könne man ihn nicht nennen. Er wünsche nicht, daß die Vers. es bei ihren Bewilligungen bloß mit faits accomplis zu thun hätte. Die Fälle, daß außerordentlichen Bedürfnissen genügt werden müßte, kämen nicht bloß in der Schulverwaltung, sondern bei allen andern Verwaltungen sehr oft vor, aber allen Bedürfnissen und namentlich dem Bewilligungsrecht der Versammlung könne nur dadurch genügt werden, daß jeder Posten der Stadtverordn.-Vers. zur speziellen Bewilligung bei Zeiten vorgeschlagen werde. Bürgermeister Lintz empfiehlt der Vers., den von Hrn. Damme angeführten speziellen Fall von der 2jährigen Vertretung eines Lehrers durch eine besondere Comm. untersuchen zu lassen. Ihm (Redner) sei der Fall nicht so genau bekannt, daß er ohne Weiteres eine genaue Darstellung desselben geben könne. Soviel er aber wisse, hätte der Arzt dem erblindeten Lehrer Waschke in Perioden von 3 bis 4 Monaten Atteste über dessen Zustand ausgestellt, bis er schließlich sein Leiden als unheilbar erklärt habe. Er schlage vor, den Fall actenmäßig untersuchen zu lassen. Geheim-Rath Jebens bittet, die 200 Thlr. dem Magistrat und der Schul-Deputation zur Verfügung zu stellen, jedoch von der Wahl einer Commission abzustehen. Daß das Geld für die Vertretung des Lehrers Waschke nicht zur Zeit gefordert sei, mache die Versammlung verdrießlich. Herr Stadtrath Ladewig: Der Dispositionsfonds sei in der Hauptsache allerdings zu Stellvertretungskosten verwandt worden, außerdem würden aber noch andere unvorhergesehene Ausgaben aus ihm bestritten; so z. B. sei es vorgekommen, daß Bänke aus einer Schule in die andere hätten transportirt werden müssen u. dergl. m. Herr Dr. Liévin äußert hierauf, daß Herr Damme nicht darauf antrage, diesen Posten überhaupt zu streichen, sondern ihn unter einer andern Bezeichnung und Controlle stehen zu lassen. Der Antrag des Herrn Damme wird hierauf von der Versammlung acceptirt. Der Hauptschuletat wird hierauf mit 45,809 Thlrn. 19 Sgr. 2 Pf. in Einnahme und 92,927 Thlrn. 14 Sgr. 4 Pf. in Ausgabe, und der Zuschuß demnach mit 47,117 Thlrn. 25 Sgr. 1 Pf. festgestellt. — Bei dem Etat für das Spend- und Waisenhaus pro 1866 (Ref. Herr Stattmiller) schlägt die Rev.-Comm. vor, bei der Ausgabe Tit. 4 „Bekleidung" 180 Thlr. abzusetzen, da der Etat pro 1866 unter diesem Titel 292 Thlr. mehr als der pro 1865 enthalte und die nach Absetzung der 180 Thlr. verbleibenden 1620 Thlr. für ausreichend erachtet werden müssen. Die jetzige grüne Tracht soll durch eine andere weniger auffallende ersetzt werden. Herr Geheim-Rath Jebens weiß keinen Grund dafür zu finden, daß man die grüne Tracht abschaffen will. — Nachdem Hr. Bürgermeister Lintz noch ausführt, daß es nach den genauen Erörterungen mit dem Armendirectorium und den Vorstehern des Spend- und Waisenhauses für wünschenswerth gehalten worden sei, die qu. Summe auf 1800 Thlr.

zu erhöhen, erklärt sich die Versammlung schließlich für die Bewilligung dieser Summe. Bei Tit. 8. „Küchen und Hausgeräthe" schlägt die Rev.-Comm. vor, 33 Thlr. abzusetzen, da die zur Fraction gezogene Summe namentlich für das Jahr 1864 viele Gegenstände enthält, welche Jahre lang dem Gebrauch dienen können. Für solche Gegenstände seien etwa 100 Thlr. verausgabt, welche täglich von der Fraktionssumme abgezogen werden müßten. Herr Bürgermeister Lintz: Es liege in der Natur einer jeden größeren Wirthschaft, daß nach einander sich fortwährend Ergänzungen verschiedener Geräthe als nöthig herausstellten, er ersuche daher die Versammlung, die 33 Thlr. nicht abzusetzen. Die Versammlung erklärt sich jedoch dem Antrage der Commission gemäß für Absetzung der 33 Thlr. — Bei Tit. 9 für Bauten schlägt die Commission vor, 300 Thlr. abzusetzen. Hr. Bürgermeister Lintz ersucht die Versammlung, die 300 Thlr. nicht abzusetzen. Es müssen defecte Fußböden u. Fenster erneuert werden. Der Baurath habe erklärt, daß es mit denselben nicht mehr länger so gehen könne. Es bleibe, falls man die 300 Thlr. absetze, nur die Wahl, andere Reparaturen zu unterlassen oder den Etat zu überschreiten. Geh.-Rath Jebens giebt zu bedenken, daß die Commune jedes Jahr mit dem Etat in die Höhe ginge, es müsse der Versammlung nicht gesagt werden: die und die Sache sei schon in Arbeit und das Geld müsse daher bewilligt werden. Das sei ein Zwang. — Hr. Stattmiller ist der Ansicht, daß die Reparatur für Fußböden und Fenster aus dem laufenden Betrage für Unterhaltung der Gebäude, der bei dem Spend- und Waisenhaus $1\frac{1}{2}$ % von dem Werth, mit dem es versichert sei, betrage, gedeckt werden könne. Bei den übrigen städtischen Gebäuden seien die Unterhaltungskosten nur mit 1 % veranschlagt worden. Die Versammlung erklärt sich im Einverständniß mit der Commission für Absetzung der 300 Thlr. — Der Ausgabe-Etat wird auf 10,720 Thlr. 20 Sgr. 5 Pf., der Zuschuß also auf 4869 Thlr. 15 Sgr. festgestellt. — Die Rechnungsabnahme-Commission über die Rechnung der Gas-Anstalt pro 1. Juli 1863—64 (Ref. Herr Prina) ersucht die Stadtverordneten-Versammlung, dem Magistrat zu empfehlen, daß für den Betriebsarbeitslohn, welcher zur Tantiemeberechnung gezogen ist, künftig ein besonderer Titel geschaffen werde. Ferner dürfte um nähere Auskunft darüber zu ersuchen sein, 1) aus welchen Posten die als Betriebsunkosten aufgeführten 4723 Thlr. 29 Sgr. 3 Pf. bestehen, was in der Rechnung ersichtlich ist; 2) den Titel des Verwaltungsberichtes, welcher lautet: „Vermögen der Gasanstalt", künftig zu benennen „Betriebsvermögen"; 3) die Aufklärung der Differenz zu beantragen, welche darin besteht, daß die Rechnung pro 1862—63 nach richtiger Addition 827 Gaslaternen enthält, während in dem Transport der Rechnung pro 1863—64 die durch unrichtige Addition der Rechnung pro 1862—63 ermittelte Zahl von 824 aufgeführt ist; 4) in der Rechnung sind für Tarifflammen 242 Thlr. 2 Sgr. 8 Pf. vereinnahmt, nach dem Tarifflammen-Verzeichniß sind nur 240 Thlr. 12 Sgr. 6 Pf. berechnet worden. Die Commission beantragt gleichzeitig, die 3 Gasflammen, welche im Verzeichniß als Verbrauchsflammen stehen, nämlich die Flammen an der Post, der Ostbahn und dem Selonke'schen Local aus den Tarifflammen im Verzeichniß zu entfernen. 5) Es wird darauf angetragen, daß künftig bei der Gewinnberechnung die uneinziehbaren Beträge bei der Ausgabe unberücksichtigt gelassen werden. Dasselbe gilt bei der zur Feststellung der Selbstkosten angelegten Berechnung. 6) Es ist bei Berechnung der Tantieme der Kohlenverbrauch mit 72 Tonnen zu niedrig angenommen. Die Commission hält wegen der Tantiemeberechnung eine Umrechnung für erforderlich. 7) Da die Schwefelkohlen beim Normaljahre in Rechnung zu ziehen sind, stellt sich die Pos. 1 Gaskohlen in der Tantiemeberechnung auf 26,011 Tonnen heraus. Die Versammlung tritt in diesen Monitis den Vorschlägen der Commission bei und vertagt die Decharge bis zur Erledigung derselben. Die Commission hat ferner ausgesprochen, daß es wünschenswerth sei, in der Gasanstalt die kaufmännische Buchführung einzuführen. Die jetzige Tantiemeberechnung sei z. B. eine sehr mangelhafte, indem das Gehalt des Gasdirectors und des Betriebsaufsehers gar nicht in Betracht gezogen werde. Auf den Antrag des Herrn Rechtsanwalt Röpell erklärt sich die Versammlung dafür, den Magistrat resp. das Curatorium der Gasanstalt zu ersuchen, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. — Es erfolgt hierauf die Berathung über den Contract zwischen dem Magistrat und den Herren Kaufleuten Böhm, Th. Schirmacher, J. Stoddart, A. Olschewski und R. Petschow. Die Feuer- und Nachtwachdeputation hat folgende Zusätze, denen der Magistrat beigestimmt hat, zu dem Contract gemacht; zu §. 1 den Zusatz: „die Mannschaften bilden jedoch unter sich ein selbstständiges Corps, welches derselben Disciplinargewalt wie die Schutzmannschaft unterworfen ist. Der Branddirector und der Brandmeister haben das Recht (aber nicht die Pflicht), die Thätigkeit der Mannschaft an Ort und Stelle im Wachtdienst zu controliren, niemals aber darf diese Controle mit Hintenansetzung der städtischen Interessen ausgeübt werden. Einen Ersatz für die durch Krankheit etwa fehlenden Mannschaften aus den für die Bewachung der Stadt engagirten Schutzmännern übernimmt die Commune nicht"; zu §. 5, II. alinea: „die Veränderung oder Aufhebung des Contracts vor Ablauf der contractlichen Zeit steht beiden contrahirenden Theilen mit dreimonatlicher Frist zu." — Herr Dr. Liévin hält es im Interesse der städtischen Schutzmannschaft nicht für gut, daß diese acht von der Kaufmannschaft anzustellenden Wächter in den 4 Wintermonaten auch zur Verstärkung der städtischen Wachmannschaften gebraucht werden, da er der Ansicht ist, daß es auf die hiesigen Schutzleute einen nachtheiligen Einfluß ausüben würde, wenn ihnen in den Wintermonaten der neunte Theil der Arbeit abgenommen würde, und wünscht daher den betreffenden Passus zu streichen, desgl. das Wort „einverleibt." — Herr Bürgermeister Lintz erklärt, daß den städtischen Schutzleuten durch die Mitwirkung der neuen 8 Leute keine Erleichterung zu Theil werden würde, da nur mehr Mannschaften an einzelnen Stellen thätig sein würden. Hr. Schirmacher führt aus, daß es den Kaufleuten darum zu thun sei, daß diese 8 Wächter die nöthige Autorität genössen und daß dies nur dadurch möglich sei, daß sie der Schutzmannschaft einverleibt würden. Nur aus diesem Grunde habe sich die Kaufmannschaft an die Commune gewandt. Hr. J. C. Krüger wünscht im Interesse der Sicherheit der Stadt, dem Branddirektor und Brandmeister keine Verpflichtung zur Controlle der neuen Wächter am Holm aufzuerlegen. Hr. Rechtsanwalt Röpell beantragt folgende Aenderungen des Contracts ad § 1) den Satz: „diese Personen sollen dem hiesigen Schutzmannscorps einverleibt werden", sowie den Zusatz der Commission zu streichen und dafür zu setzen „diese Mannschaften bilden ein selbstständiges Corps, welches unter der Aufsicht und Disciplinargewalt des Mag. steht; 2) im § 3 alinea 6 die Parenthese „den Branddirector und Brandmeister" zu streichen, indem er der Ansicht ist, daß es dem Magistrat freistehen müsse, wen er mit der Controlle jener Leute beauftragen wolle. — Hr. Biber hält dafür, daß die Bewachung der Schiffe eigentlich Sache der Commune sei, die Kaufmannschaft habe aber nicht daran gedacht, der Commune durch die Controlle der 8 Wächter seitens des Branddirectors Kräfte zu entziehen. — Zeigt sich die neue Einrichtung nicht räthlich, so könne sie ja innerhalb 3 Monaten wieder aufgelöst werden. Hr. Schirmacher begegnet dem Bedenken des Hrn. Geh.-Rath Jebens, indem er erklärt, daß die neuen Wächter nicht in der Nacht controllirt werden, sondern am Tage selbst Rapport auf dem Stadthofe abstatten sollten. Nachdem Hr. Dr. Liévin seinen Antrag zurückgezogen hat, wird zur Abstimmung über den Contract geschritten. § 1 des Vertrages, und zwar: a) alinea 1 wird nach dem Entwurf angenommen, b) alinea 2 in folgender Fassung „diese Personen sollen dem hiesigen Schutzmannscorps zugeordnet werden", c) der Zusatz der Commission mit Weglassung der Worte „nicht die Pflicht" wird angenommen, § 2 angenommen, § 3 wird, nachdem Hr. Röpell sein Amendement ad 2 zurückgezogen hat, angenommen, §. 4 ebenfalls und § 5 mit der Modifikation nach dem Vorschlag der Comm. Hierauf wird über den so amendirten Vertrag im Ganzen abgestimmt und derselbe angenommen. — Für die Aufstellung einer Gaslaterne an der Mottlauer Wache wurden 64 Thlr. 15 Sgr. für die Einrichtung und 14 Thlr. 18 Sgr. für die Unterhaltung in diesem Jahre vom 1. Juli ab bewilligt. Das Curatorium der Gasanstalt hat mehrere Neubauten für nöthig befunden, da eines Theils der Umfang der Gasproduction im Laufe der Jahre bedeutend zugenommen hat, und andern Theils eine bessere Reinigung des Leuchtgases unabweislich erscheint. Der Mag. hat sich im Einverständniß mit der Kämmerei-Deputation für Entnahme der Baukosten aus den Einnahmen der Gasanstalt erklärt. Die Bauten bestehen 1) in dem Neubau eines zweiten Gasreinigungshauses, dessen Kosten sich auf 5400 Thlr. für das Gebäude und 6400 Thlr. für die Apparate, zusammen auf 11,800 Thlr. belaufen werden. 2) Dem Erweiterungsbau des jetzigen Regulirhauses nebst Apparaten, veranschlagt auf 3100 Thlr. 3) Umänderungen und Erweiterungen im Retortenhause, veranschlagt auf 420 Thlr., zusammen auf 15,320 Thlr. — Dieser Antrag wird von der Versammlung ohne Diskussion genehmigt.

— In den katholischen Kirchen wurde in den Ostertagen von der Kanzel eine bischöfliche Anordnung verkündet, wonach in Zukunft Brautpaare verschiedener Confession, deren Trauung in der evangelischen Kirche stattfindet, nicht, wie es bisher geschah, in der katholischen Kirche aufgeboten werden sollen. Nur in besonderen Fällen kann der Pfarrer auf die Vorstellung des katholischen Theils des Brautpaares einen Dispens nachsuchen.

— Zufolge einer Mittheilung des Hrn. Professor Brandstäter im Intell.-Blatte findet das Achte Preuß. Sängerfest am 22. und 23. Juli statt, und ist mit Rücksicht auf diese Aufschiebung auch der Meldungstermin bis zum 15. April verlängert. Die Betheiligung Danzigs scheint sehr gering ausfallen zu wollen.

— Fräulein Elise Richter gab am vergangenen Dienstag in der Marienkirche ein Abschieds-Concert, das von den besten Kräften unterstützt wurde. Die scheidende Künstlerin selbst hatte Gelegenheit, in verschiedenen Gesangspiecen ihre glänzenden Stimmmittel zu entfalten, und war namentlich der Vortrag des Psalms von Martini von ergreifender Wirkung. Wir haben nur zu bedauern, daß das Concert sich nicht eines größern Besuchs erfreute. Der Grund lag allerdings wohl darin, daß dasselbe nicht hinreichend angekündigt war. — Mit großer Freude begegneten wir in diesem Konzert einem für die Zukunft vielversprechenden Talente, dem Fräulein Haupt, welche das Ave Maria von Cherubini vortrug. Die Stimme des Fräul. H., einer Schülerin des um die Gesangs-Kunst vielverdienten Herrn Duban, ist ein hoher Mezzo-Sopran und das gewählte Musikstück war besonders geeignet, die Fülle von Schönheit dieser überaus anziehenden Stimme zur Geltung zu bringen. Fräul. H. hat bereits bedeutende Fortschritte in der Gesangskunst gemacht, und trägt ihre Stimme namentlich in technischer Beziehung den Stempel echter musikalischer Bildung. — Von Herrn Musikdirektor Markull wurde ein freies Orgelpräludium, eine Sonate und das Halleluja aus Händels „Messias" in gewohnter Meisterschaft executirt. — Hr. J. . . . . unterstützte das Concert ebenfalls, und zwar durch den Vortrag des Bußliedes von Beethoven, wofür wir ihm unsere Anerkennung nicht versagen dürfen.

— Herr Mäcklenburg wird am nächsten Sonnabend in der Petrikirche ein Konzert geben. Wenngleich ausnahmsweise in diesem Jahre die Kirchenkonzerte schnell auf einander folgen, so dürfen wir dennoch mit großer Bestimmtheit für dieses Conzert auf ein großes Publikum rechnen, als einmal die Orgel in der Petrikirche die vortrefflichste unserer Stadt, sodann das von Herrn M. aufgestellte Programm in der That ein glücklich gewähltes ist, vorzügliche Gesangskräfte mitwirken und der Conzertgeber sich als Musiker eines sehr guten Rufes erfreut. Das Programm kündigt ferner einen Satz für Orchester, so wie einen Solo-Vortrag für Geige an, so daß wir auf bedeutende musikalische Genüsse zu rechnen haben. Es steht daher zu erwarten, daß dieser Abend alle Musikverständigen und Musikliebhaber vereinigen wird.

— Herr Musikmeister Winter hat nunmehr seine Stellung als solcher aufgegeben, und Herr Musikmeister Schmidt, der sich bereits einer großen Liebe im Publikum erfreut, ist sein Nachfolger geworden. Am Dienstag gab Herr Winter im Schützenhaussaale sein Abschiedskonzert, das sehr besucht war und in welchem ihm vielfache Zeichen der Liebe und Anerkennung, die er sich hier erworben, gespendet wurden. Die von Herrn Winter dem Publikum gewidmete Phantasie für Violine: „Zum Abschied von Danzig" wurde stürmisch da capo verlangt und erhielt den verdienten reichlich gespendeten Beifall.

— [Theatralisches.] Für unsere jugendliche Liebhaberin, Frl. Eckert, findet in nächster Woche ein Benefiz statt, auf welches wir um so willfähriger hinweisen, als wir in dieser Künstlerin eine sehr talentvolle Dame kennen gelernt haben, welche jedesmal den höchsten Fleiß auf die Darstellung ihrer Rollen verwendet. Das zur Aufführung kommende Schauspiel: „Die Tochter des Gefangenen" ist hier wenig bekannt, hat sich also bei den meisten unserer Theaterfreunde den Reiz der Neuheit bewahrt, und dürfte dadurch die gewünschte Zugkraft demselben nicht fehlen.

— Mit dem warmen Wetter haben sich auch die ersten Frühlingsboten, Lerche und Storch, zahlreich eingefunden, und die mit Wintersaaten bestellten Fluren weisen das schönste, hoffnungsvollste Grün auf. Der andauernd gelinde Winter war in der That auch den nach langer, schlechter Herbstwitterung sehr kümmerlich aufgekeimten Saaten des Weizens, Roggens und Rübsens von recht wesentlichem Vortheil. Die befürchtete Fäule des Rübsens hat sich, soweit wir erfahren, nicht eingefunden. Die Feldarbeit wird jetzt überall gehörig in Angriff genommen werden können.

— Wie man von Reisenden, die aus dem Königreiche Polen kommen, hört, ist die Rinderpest im Gouvernement Warschau noch keineswegs im Abnehmen begriffen, und da diese gefährliche Seuche in Rußland von Osten nach Westen zieht, so ist auch ihr Herannahen für Preußen zu befürchten.

— Das neueste Justiz-Ministerialblatt enthält ein interessantes Urtheil des Gerichtshofes zur Entscheidung der Competenz-Conflicte, worin ausgeführt wird, daß der Anspruch einer Stadtgemeinde auf Servis-Vergütigung für die dem Militair gewährte Einquartierung im streitigen Falle dem Rechtswege unterworfen und eben so wie die Frage: ob diese Vergütigung nach dem regulativmäßigen Satze für Städte erster oder zweiter Klasse zu gewähren sei von den Gerichten zu entscheiden ist.

— Der Gerichtshof zur Entscheidung der Competenz-Conflicte hat in einem Falle, bei welchem es sich um Streitigkeiten über die Benutzung einer Simultan-Kirche handelte, erkannt, daß gegen Anordnungen der Landespolizeibehörde über die Benutzung einer Simultankirche von Seiten verschiedener Confessionen ein Prozeßverfahren nicht gestattet werden könne.

— [Trost für tanzlustige Mädchen.] Der zu häufige Wechsel der Ballkleider und ein zu frühes Scheiden von einem verblichenen, vergelbten Ballkleide, in dem man so fröhliche Stunden verlebt hat, wird jetzt durch ein Kunstmittel etwas weniger nothwendig. Der gute Herr, bei dem sich unsere tanzlustigen Damen bedanken mögen, ist Colman in London; derselbe hat eine Färb-Stärke erfunden, mittelst deren man derartige Stoffe beim Stärken gleichzeitig nach Belieben hochroth, rosa, himmelblau, violett,

grün und gelb färben kann. Das Gute ist, daß diese Farbe bei der Wäsche wieder ausgeht und durch eine andere ersetzt werden kann, was der Abwechselung wegen manchen jungen Schönen nicht unangenehm sein wird. Auch die Hausfrauen, denen der Ehetyrann die Gardinen verraucht, werden die Erfindung mit Vergnügen begrüßen, da sie nun ihren Gardinen-Predigten stets die geeignete Färbung geben können.

Marienburg. Der bedeutende Mangel an Geld und die Geschäftslosigkeit hiesiger Bewohner war wohl die Veranlassung, daß bis jetzt von der endlich erlangten unbedingten Baufreiheit Niemand Gebrauch gemacht hat. Doch wird binnen Kurzem das erste massive Wohnhaus von höchst geschmackvoller Form erstehen und den Weg von der Stadt nach dem Bahnhof zieren.

— Der Wasserstand in der Nogat ist gegenwärtig ziemlich hoch, so daß eine lebhafte Anfuhr von Brennholz aus der Schwetzer Gegend stattfindet und die Verladung von 450 Last alten Roggens aus dem hiesigen königl. Magazin mit der Bestimmung nach Danzig, Graudenz, Thorn schnell zu ermöglichen war.

Marienwerder. In diesen Tagen wurden durch Gensd'armen in sämmtlichen Ortschaften des Kreisantheils auf dem linken Weichselufer eingehende Ermittelungen darüber angestellt, welche Anzahl von Militairpferden in den Dörfern untergebracht werden können. Es soll diese Maßnahme Bezug haben auf das bevorstehende große Corps-Manöver, welches, wie verlautet, denn doch zwischen Pelplin und Neuenburg resp. Graudenz stattfinden wird. Wegen der letzten schlechten Ernte in Ostpreußen soll, in Folge von Reklamationen der dortigen Bewohner, von dem projektirten Manöver bei Braunsberg Abstand genommen worden sein.

Flatow. Um die Wirkung der Trichinen recht deutlich an lebendigen Thieren zu erproben, hat der landwirthschaftliche Verein in seiner letzten Sitzung am 28. März beschlossen, ein Schwein anzukaufen, dasselbe mit einem Stück trichinenhaltigen Fleisches zu füttern, es darauf längere Zeit genau beobachten und alsdann schlachten zu lassen. Man hofft, auf diese Weise auch gleichzeitig zu Merkmalen zu gelangen, welche das Vorhandensein dieser Parasiten bei lebenden Schweinen bekunden.

Königsberg. Der Einfluß der Geldkalamität tritt in allen gewerblichen Verhältnissen immer deutlicher und mahnender hervor. Nicht allein, daß ein großer Theil der ländlichen Handarbeiter beschäftigungslos von seinen geringen Ersparnissen zehrt und mit Besorgniß dem Frühjahre entgegensieht, weil auch der gewohnte Verdienst in dieser Zeit auszubleiben droht, auch unsere Fabriken haben die Thätigkeit auf das geringste Maß beschränkt. Auch die Einlagen der Kreissparkassen haben sich gegen das verflossene Verwaltungsjahr verringert.

Pillau. Der Verein zur Rettung Schiffbrüchiger in Königsberg hat beschlossen, zwei eiserne Rettungsbote zu bauen und eins derselben in Kraxtepellen, das zweite in Alttief auf der Nehrung aufzustellen. An beiden Orten sind in der letzten Zeit Strandungen vorgekommen. Um das technische Gutachten über die Bauart der Boote hat man sich hierher gewendet, und hat man weder das Peak'sche noch das Francisboot zum Modell genommen, sondern ein altes hölzernes mit Abzugsröhren, welches sich mehrere Male bereits in unserer Brandung bewährt hat.

Stadt-Theater.

Ein Stern erster Größe am Himmel der dramatischen Tonkunst, dessen hell leuchtendes Strahlen der deutschen Opern-Composition eine bleibende Geltung verschafft und noch von den spätesten Nachkommen bewundert werden wird, ist Beethoven's „Fidelio", welcher gestern zum Benefiz für Herrn Kapellmeister Denecke in Scene ging. Für die Vorführung dieses genialen Tonwerkes können wir dem wackern Dirigenten nur dankbar sein. — Eine der schwierigsten, aber zugleich dankbarsten Opern-Charaktere ist die Titelrolle, welche eine günstige Gelegenheit zu den gewaltigsten Effecten darbietet, doch zugleich eine Repräsentantin verlangt, die mit innigem Verständniß in den Geist der Musik eingedrungen ist, mit Begeisterung die göttlichen Ideen des unsterblichen Meisters in sich aufgenommen hat und dieselben aus der Fülle der tiefsten Seele ausströmen läßt. Der Gesang und das Spiel des Frl. Klingelhöffer, welche mit der Parthie des Fidelio zugleich Abschied von Danzig nahm, erschienen der Bedeutung dieser herrlichen Tonschöpfung angemessen. Hauptsächlich war es das Adagio der großen Arie im ersten Acte, welches durch die Innigkeit und den Ausdruck frommen Vertrauens die herrlichste Wirkung machte und das Publikum zu lauten Acclamationen hinriß. — Hr. Hahn (Florestan) sang seine erste Arie mit Beifall; das sehr hohe anstrengende Duo ließ ein stärkeres Falsett zu wünschen, worauf der Componist hier gerechnet hat. — Herr Hochheimer wußte dem wogenden Orchester, welches gerade bei der Parthie des Pizarro seine stärksten Register anzieht, im Allgemeinen die Spitze zu bieten. Die Drohung gegen Rokko: „Magst Du nie mehr verwegen sein!" konnte stärker hervorgehoben werden; Beethoven hat gewiß mit Absicht die charakteristische Figur darauf gelegt. — Der Gesang des Hrn. Fischer (Rokko) berührte das Ohr, wie immer, sehr wohlthuend, da Stimme und Vortrag gleich gebildet sind. Auch im Spiel zeigte Herr Fischer neben einer rauhen Außenseite die weichen Regungen eines fühlenden Herzens. — Frl. Preßler (Marzelline) mit ihrer hübschen, klangvollen Stimme sprach allgemein an. — Ebenso führte Herr Ander, der heirathslustige Jaquino, die nicht geringen Schwierigkeiten seiner Rolle ohne Anstoß durch. — Herr Krolop mochte die kleine, aber dankbare Parthie des Ministers ganz sorgfältig memorirt haben, konnte aber, wie es schien aus Befangenheit, seine wohl vorhandenen Mittel nicht zur Geltung bringen; deshalb blieb das ganze Auftreten desselben ohne sonderlichen Erfolg. — Das Orchester führte im Zwischenacte die Ouverture zu „Leonore", in welcher das Trompetensignal eine überraschende Wirkung hervorbringt, recht geschmackvoll aus und erndtete dafür wohlverdienten Applaus.

[Eingesandt.]

Provinzial-Lehrer-Versammlung und Sängerfest.

Das „Dampfboot" theilte neulich mit, daß Thorn es für diesmal abgelehnt habe, die „Provinzial-Lehrer-Versammlung" bei sich aufzunehmen. — So wird, was schon mehrfach vorgeschlagen, aber stets abgelehnt worden, nunmehr wohl nothgedrungen geschehen müssen, nämlich nur alle zwei Jahre die Versammlung abzuhalten. Hiefür sprechen viele Gründe, davon hier einige Platz finden mögen. Was sich zu oft wiederholt, verliert den Reiz der Neuheit und Frische; auch sammelt sich in zwei Jahren mehr und besserer Stoff an, als in einem. Will man aufrichtig sein, so muß man bekennen, daß Zahl, Gehalt und Form der Conferenz-Gegenstände bei den bisher jährlich stattgefundenen Versammlungen sich nicht im steten Wachsen befunden. Das ist kein Vorwurf, denn darin theilt diese Versammlung das Schicksal aller ähnlichen. Damit nun Stoff und Anreiz zunehme, sei die Wiederkehr eine seltnere. — Wenn man die Versammlung jährlich abhält, wird man sehr bald mit den Städten in die Runde kommen, welche sich zu solcher Versammlung eignen. Je seltener sie stattfindet, je seltener kommt eine und dieselbe Stadt wieder dran, und wird dann um so eher und lieber darbieten, was z. B. Danzig dargeboten hat, eine Darbietung, von welcher man nicht gehört, daß die anderen Städte sie in dem Maße und der Weise auch entgegengebracht hätten. „Ist man wo gut aufgenommen, muß man ja auch zu oft nicht kommen." — Es ist nicht in Abrede zu stellen, daß die Zahl der Theilnehmer nicht zugenommen; im Gegentheil. Zugegeben, daß daran die bekannten Abmahnungen und Warnungen, das Nichtgernsehen und Unliebsame einen großen Theil der Schuld tragen, so wird doch auch zugestanden werden müssen, daß in dem Geldbeutel der Lehrer der andere Theil der Ursache liegt. Alle zwei Jahre läßt sich solche Ausgabe eher erschwingen, als jährlich. Schon deshalb allein sollte von dem jährlichen Zusammentreten Abstand genommen und nur alle zwei Jahre die Conferenz berufen werden. Sind dringende geschäftliche Sachen abzumachen, so mögen dieselben von einem Ausschusse am Orte des Vorstandes erledigt werden. — Und nun vollends dieses Jahr! Kann man bei diesen Zeitläufen, wo davor nicht zurückgeschreckt wird, der Welt das entsetzliche Schauspiel zu geben, daß deutsche Bundesgenossen, die erst gemeinsam den Bruderstamm losgekämpft, sich nun selber mit Erbitterung bekriegen wollen? — kann man bei solchem Nationalunglück wohl eine Stimmung zu solchen Versammlungen haben? Eben so wenig zu solchen Versammlungen, als zum „achten preußischen Sängerfest", ja zu diesem noch viel weniger; darum darf man wohl mit Recht erwarten, daß auch dieses Fest in diesem Jahre unterbleiben werde.

Räthsel.

Ich bin ein Fluß in Preußens Gauen,
Den, müde nach dem langen Lauf,
Mit gelben Wellen, in die blauen,
Das weite Meer nimmt gastlich auf.
Streich' aus der Mitte mir ein Zeichen,
Dann seh' ich aus gar sehr gering,
Und doch wird Mancher d'rob erbleichen,
Denn ich bin gar ein böses Ding.
Ich komme meistens ungelegen,
Und nimmst Du mich nicht gastlich auf,
Kann mich Dein Flehen nicht bewegen
Und — der Prozeß geht seinen Lauf. A. F.

[Auflösungen werden in der Exped. d. Bl. entgegengen.]

Eine Auflösung des Quer-Sylben-Räthsels in Nr. 78:

1 See	2 Mann
3 Land	4 Sturm

ist nur eingegangen von H—g V—t.

Zum Theil richtig gelöst von John Meyer; J. Barck; Adolph K..b.

Meteorologische Beobachtungen.

4	4	334,05	+ 6,1	Südl. flau, bez. mit Regen.
5	8	337,91	2,7	do. still, diesige Luft.
	12	338,56	9,4	SSO. flau, leicht bewölkt.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Gesegelt am 4. April:

1 Schiff m. Holz.

Angekommen am 5. April:

Wilhelm, Stein, v. Stettin, m. Gütern. Sevems, Köhn, v. Swinemünde, m. Mauersteinen. Enigheden, Hansen, v. Copenhagen, m. Thran. — Ferner 6 Schiffe m. Ballast.

In der Rhede: Louise, Reetzke, v. Colberg; u. Diedrich, Anna, v. Kiel.

Gesegelt: 5 Schiffe m. Holz.

Ankommend: 18 Schiffe. Wind: Süd.

Course zu Danzig am 5. April.

		Brief	Geld	gem.
London 3 Mt.	tlr.	6.21¾	—	—
Amsterdam 2 Mt.		142⅛	—	—
Westpr. Pf.-Br. 3½%		—	77½	—
do. 4%		—	86	—
do. 4½%		93	—	—

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 5. April.

Weizen, 80 Last, 131.32pfd. fl. 520; 131pfd. fl. 500; 125pfd. fl. 435; 118pfd. fl. 355 pr. 85pfd.
Roggen, 118pfd. fl. 312; 121pfd. fl. 322½; 125pfd. fl. 339; 126.27pfd. fl. 342 pr. 81⅝pfd.
Große Gerste, 112.13pfd. fl. 291—297 pr. 72pfd.
Kleine Gerste, 108.109pfd. fl. 276 pr. 72pfd.
Hafer fl. 180—195 pr. 50pfd.
Grüne u. weiße Erbsen fl. 330—360 pr. 90pfd.
Leinsaat fl. 545 pr. 72pfd.

Bahnpreise zu Danzig am 5. April.

Weizen bunt 120—130pfd. 60—82 Sgr.
hellb. 120—132pfd 64—88 Sgr. pr. 85pfd. Z.-G.
Roggen 118.127pfd. 52—57 Sgr. pr. 81⅝pfd. Z.-G.
Erbsen weiße Koch- 58—60 Sgr. } pr. 90pfd. Z.-G.
do. Futter- 55—57 Sgr. }
Gerste kleine 100—110pfd. 41/42—48/49 Sgr.
do. große 104—115pfd. 42/44—51 Sgr.
Hafer 70—80pfd. 29/30—33/34 Sgr.
Spiritus 14⅔ Thlr. pr. 8000%.

Hotel de Berlin:

Die Kaufl. Baumann a. Hamburg, Wolff aus Braunschweig, Jahnke aus Halberstadt, Schmidt aus Düsseldorf, Krafft a. Stettin, Brauer a. Frankfurt a. O., Meyer a. Leipzig, Wagner a. Berlin u. Simon a. Bremen.

Walter's Hotel:

Rittergutsbes. Timme a. Restempohl. Die Gutsbes. Timme a. Zittno, Ziehm a. Gerdin und Wendland aus Mestin. Rent. v. Pilchowski u. Okon. v. Pilchowski aus Berent.

Hotel zum Kronprinzen:

Oekonom Horn u. Bau-Eleve Lüder a. Böhlenhof. Fabrikant Wilhelm aus Elbing. Rittergutsbes v. Laszewski a. Kistowo. Frau Knast u. Frl. v. Ivanow a. Sirakowicz. Pract. Arzt v. Sr. Maj. Schiff „Arcona" Dr. Hüthe a. Kiel.

Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren:

Die Gutsbes. Jehde n. Familie aus Wussow und Hehring a. Mirau. Rentier Jebens aus Elbing. Die Kaufleute Rosenberg aus Berlin, Loth aus Bamberg u. Burmeister a. Stettin.

Hotel de Thorn:

Pfarrer Blindow n. Fam. a. Skurtz. Die Kaufl. Wehrmann a. Culm, Lehmann a. Leipzig u. Röhrig a. Mannheim. Gutsbes. Kanter a. Lobsens.

Verantwortliche Redaction Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.